

Was Gescheits



Manfred Schiller:
ein Weidener im Bundestag



Aus dem Inhalt:

3 **Schluss mit dem
Energie-Wahnsinn!**

7 **Die neue
Zensur**

5 **Reden wir über
Remigration**

6 **Problemfall
»Verfassungsschutz«**

7 **Bei uns
dahoam**

Vorwort



Über mich

Persönlich

- Geboren in Schirmitz
- Römisch-katholisch; verheiratet; vier Kinder.
- Radio- und Fernsehtechniker; 1996 bis heute selbstständiger Kaufmann.

Partei

- 2016 Eintritt in die AfD
- 2020 Wahl zum Stadtrat in Weiden/OPf. und Fraktionsvorsitzender im Stadtrat; 2021 Direktkandidat Bundestagswahl für den Wahlkreis 235 Weiden; 2021 Wahl zum stellv. Schatzmeister AfD Landesverband Bayern; 2023 Wahl zum Bezirksrat der Oberpfalz.

Bundestag

- Ordentliches Mitglied im Petitionsausschuss
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Digitales & im Ausschuss für Verkehr

Liebe Leser,

Wenn ihr gefragt werdet, was ihr heute gelesen habt, könnt ihr antworten: **Wos gscheits!**

Denn dafür stehe ich: Eine vernünftige, weitsichtige und gescheite Politik zum Wohle unseres schönen Heimatlandes.

Als Abgeordneter im Deutschen Bundestag freue ich mich darauf, diese Arbeit im Dienste meiner Wähler auch in der nächsten Legislatur mit der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fortsetzen zu dürfen. Wir wollen endlich das Land wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Dafür ist harte Arbeit vonnöten – wir schauen den Altparteien auf die Finger und prangern die unsauberen Machenschaften an, von denen es leider sehr viele gibt.

Nun wünsche ich euch viel Spaß und Erkenntnis beim Lesen der ersten Ausgabe meines Abgeordneten-Magazins, in dem ich die Gelegenheit nutze, das eine oder andere Thema anzusprechen, das mich sowohl als Bürger, als auch als Familienvater, Unternehmer und Politiker in den vergangenen Monaten beschäftigt hat.

Euer Manfred

Schluss mit dem Energie-Wahnsinn!

Die Deindustrialisierung unseres Landes schreitet voran. Instabile Stromnetze und die Kostenexplosion der Energiepreise treiben immer mehr Unternehmen ins Ausland oder direkt in die Insolvenz. Viele Bürger wissen nicht mehr, wie sie Strom - & Heizkosten bezahlen sollen, die steigende Inflation tut ihr Übriges. Grüne Ideologen brüsten sich damit, mit der »Energiewende« die Welt retten zu können, doch deren Träumereien entpuppen sich zunehmend als teure und gefährliche Illusionen:

Während an windigen Sonnentagen gigantische Strom-Überkapazitäten produziert werden, fallen die »Erneuerbaren Energien« als Stromerzeuger komplett aus, wenn weder Wind weht noch die Sonne scheint.

In der Energiewirtschaft nennt man das »Dunkelflaute«. Wegen fehlender Speichermöglichkeiten für Strom muss er in diesen Phasen aus konventionellen Kraftwerken gewonnen und aus dem Ausland zugekauft werden – in Folge steigen die Strompreise, es drohen sogar »Blackouts«.

Eine sichere, saubere und preisgünstige Energieversorgung ist ein Grundpfeiler von Industrie und Wirtschaft und damit unerlässlich für unseren Wohlstand und die Zukunft unserer Kinder.

Doch es fließen Milliarden an Steuergeldern in Technologien, die nicht nur unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand zerstören, sondern auch den Planeten – und damit alles andere als »grün« sind.

Bereits die Gewinnung der Rohstoffe, die zum Bau von Windkraft- oder Photovoltaikanlagen benötigt werden, hat gewaltige und unumkehrbare Naturzerstörungen zur Folge. Nach dem Ende der Lebensdauer eines Windrads bleibt der Sockel zurück und versiegelt den Boden dauerhaft. Es wird daher höchste Zeit, dass dieser ökosozialistischen und umweltschädlichen Planwirtschaft ein Ende

»Grüner« Sondermüll

Aluminium: **1,3 Tonnen**

Seltene Erden: **2 Tonnen**

Kupfer: **12 Tonnen**

Weitere Materialien:
• **Zink**
• **Molybdän**

Stahl: **283 Tonnen**

Beton: **1.750 Tonnen**

Größenvergleich:

Nicht recycelbare Rotorblätter werden in Wyoming einfach vergraben. Darin enthalten sind Epoxidharze, die giftige Stoffe wie Bisphenol A enthalten.

bereitet wird. Mit EEG und CO₂- Steuer muss Schluss sein! Eine gesunde Volkswirtschaft braucht keinen subventionierten Zufallsstrom.

Ich stehe für eine vernunftorientierte Wirtschafts- und Energiepolitik und setze mich für eine saubere, preisgünstige und sichere Energieversorgung aus modernen Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken der neuen Generation ein.



Kampf um die Deutungshoheit im Netz:

Die neue Zensur

Unerwünschte und regierungskritische Äußerungen aufzuspüren ist Aufgabe von NGOs und Nutzern mit Blockwartmentalität, für die eigens Meldestellen eingerichtet wurden (s. Infokasten unten). Die Online-Plattformen sind durch den DSA (Digital Services Act) dazu verpflichtet, die auf diese Weise gemeldeten Beiträge sofort zu löschen.

Dass Politiker die Justiz mit Anzeigen wegen »Meinungsverbrechen« beschäftigen ist schlimm genug. Doch ergänzend zur Zensur plant die EU vor der Wahl auch noch eine »psychologische Impfung«, mit der die Wähler durch gezielte Manipulation »immun« gegen sog. Desinformation werden sollen. Die Sozialen Medien sind auch hier zur Mitarbeit verpflichtet – übrigens in Zusammenarbeit mit von Steuergeldern finanzierten Stellen wie der dpa (Deutsche Presseagentur) und dem Medienportal »Correctiv«.

Fazit: Der DSA zwingt die Online-Plattformen dazu, unerwünschte Meinungen zu unterdrücken und Wähler in ihrer Wahlentscheidung zu beeinflussen – um angeblich die Demokratie zu retten.

In der politischen Debatte bestimmt der, der die Deutungshoheit hat, was wahr und falsch ist. Um sich diese Macht zu sichern, hat sich in Deutschland eine gigantische Zensur-Maschinerie etabliert, mit der unliebsame Meinungen in Form von »Cancel Culture«, Zensur und Propaganda unterdrückt werden.

Wie weit es mit der Zensur im Internet schon ist, zeigen Beispiele wie der Fall des Rentners, der in einem Posting auf zugespitzte, satirische Weise seine Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik zum Ausdruck gebracht hatte, in Folge eine Anzeige und sogar eine Hausdurchsuchung kassierte.

Wer sind die »Trusted Flagger«?

Seit längerem gibt es bereits sogenannte »Meldestellen«:

Über diese staatlich geförderten Denunziationsportale können digitale Blockwarte Nutzer anschwärzen, indem sie deren Inhalte aus dem Netz melden, die sie als »Hass« oder »Fake News« eingestuft haben.

Die Meldestelle »REspect!« wurde gemäß dem Digital Services Act von der Bundesnetzagentur 2024 als sogenannter »Trusted Flagger« zugelassen. Konkret bedeutet das, dass Meldungen

dieser Stelle als besonders vertrauenswürdig gelten, womit sie fortan eigenmächtig über »rechtswidrige Inhalte« entscheiden können – die Sozialen Medien müssen deren Meldungen prioritär behandeln und z.B. unverzüglich Inhalte ohne weitere Prüfung löschen.

Dass dies in offenem Widerspruch zum Rechtsstaat steht, sollte eigentlich jedem klar sein: Denn für rechtswidrige Inhalte hat Deutschland eine staatliche Struktur aus Justiz und Polizei. Nun kommt eine Regulierung der Meinungsfreiheit dazu,

über die beispielsweise Regierungskritik ganz einfach stummgeschaltet werden kann.

Das Portal NIUS recherchierte, dass »REspect!« nicht nur legale Posts löschen lässt, sondern deren Direktor ein Islamwissenschaftler aus Ägypten ist, der sich öffentlich mit der Unterstützung der terroristischen Hamas hervortat. Die Bundesnetzagentur hat offensichtlich nicht einmal überprüft, ob Deutschlands oberster Zensor überhaupt selbst neutral und vertrauenswürdig ist!

Reden wir über

Remigration

Zahl der Asylzuwanderer
in Deutschland (geschätzt):
14 Millionen



Die Rhetorik der Obrigkeit verkauft uns »Vielfalt« als einen Wert an sich, doch nüchtern betrachtet bedeutet »Vielfalt« nichts anderes als ein »Ja« zu Parallelgesellschaften. Wollen wir das wirklich?

Wir kennen die lange Historie der nie dagewesenen Gewaltexzesse. (Gruppen-) Vergewaltigungen, Messermorde und Attentate, fast alle gegen die autochthone Bevölkerung gerichtet. Neben der Welle an Gewalt, die unser Land überschwemmt, müssen wir auch über illegale Einwanderung, Asylmissbrauch, Betrug, Schleuserkriminalität, Überfremdung, explodierenden Kosten für unsere Gesellschaft und unser Gesundheitssystem reden – alles Folgen der gesetzeswidrigen und verantwortungslosen Missachtung des Schutzes deutscher sowie der Schengen-Außengrenzen durch die vergangenen Bundesregierungen. Es muss endlich dem Schutz der eigenen Bevölkerung, unserer sozialen Sicherungssysteme und

dem langfristigen Erhalt unserer heimischen Kultur die angemessene Priorität eingeräumt werden.

2024 wurde daher in Greding die Bayerische Resolution für Remigration beschlossen. Altparteien und Medien zeigten sich darüber entsetzt, von »Deportationsplänen« wird gar fabuliert.

Doch das Durchsetzen von geltendem Recht ist keine Ausländerfeindlichkeit! Als Partei mit Liebe zum Vaterland wollen wir die Zerstörung Deutschlands verhindern, und dafür kommen wir an einer umfassenden, langfristig angelegten Remigrationsagenda nicht vorbei: Gesetzeskonform, human und längst überfällig. Entgegen landläufiger Medienpropaganda und politischer Verunglimpfung ist der Fachbegriff der Remigration für uns politisch als Sammelbegriff für Heimkehrförderung zu sehen und als vielperspektivische Gesamtstrategie auf allen administrativen Ebenen umzusetzen.

Informiert euch dazu bei uns!



Was die Union ...

... sagt & tut:

- | | |
|--|---|
| »Der Atomausstieg war falsch« ◀ | ▶ Die Energieagenda von CDU und CSU zeigt: Merz glaubt nicht an einen Wiederanlauf der Meiler. |
| »Wir wollen die Kontrolle über die Migration zurück« ◀ | ▶ Merz könnte die Zuwanderung mit der vorhandenen parlamentarischen Mehrheit sofort beenden |
| »Das Selbstbestimmungsgesetz ist eine Katastrophe« ◀ | ▶ Die Union will den Inhalt »teilweise ändern«, am Gesetz selbst wird nicht gerüttelt . |



Problemfall »Verfassungsschutz«

Der deutsche Verfassungsschutz ist eine international einmalige Einrichtung, mit dem die Bundesrepublik einen autoritären Sonderweg des präventiven Staatsschutzes beschreitet. Unser Inlandsgeheimdienst wird nämlich schon dann aktiv, wenn Personen oder Gruppen gegen keinen einzigen Paragraphen des Strafgesetzbuches verstoßen haben. Bereits der Grund zur Annahme, sie wollten die freiheitlich-demokratische Grundordnung ganz oder teilweise beseitigen, reicht aus. Ein ehemaliges Mitglied erklärte gegenüber der »Schwäbischen Zeitung«, dass die Angst vor einem neuen Überwachungsstaat gerechtfertigt ist: Während es der Dienst »mit ernstzunehmenden Gegnern wie gewaltbereiten Links- oder Rechtster-

roristen oder radikalen und teils kriegserfahrenen Islamisten nicht aufnehmen« könne, kümmere er sich zunehmend um Leute, die eigentlich gar kein Fall für den Verfassungsschutz sind und es nie waren. Besonders deutlich zeigt sich das an der neuen Extremismus-Kategorie »verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates«, die von VS-Chef Haldenwang 2021 schnell eingeführt wurde, als die Corona-Proteste der Bürger zunehmend unbequem für die Politik wurden.

Damit können nun auch die belangt werden, die bislang nicht in das übliche Schema passten. Der Begriff »Delegitimierung« ist hierbei so schwammig, dass man für eine Äußerung ins Visier geraten kann, die gestern noch legitime Kritik war – denn der Geheimdienst definiert selbst, was in diese Kategorie fällt. Legitime Grundrechtsausübung wird plötzlich in zu bekämpfenden, gefährlichen Extremismus umgedeutet. Meinungsfreiheit existiert nicht mehr. Laut Allensbach-Studie von 2023 glauben nur noch 40% der Befragten, ihre politische Meinung frei äußern zu dürfen – der tiefste Stand seit den 50iger Jahren. Ich sage: »Einen Verfassungsschutz, der als Erfüllungsgehilfe der Politik in Form einer »Gesinnungspolizei« derart in die Grundrechte der Bürger eingreift, und regierungskritische Bürger oder die politische Opposition wie Verbrecher behandelt, darf es in einem demokratischen Rechtsstaat nicht geben!«



Aus unserem Wahlkreis:

Bei uns dahoram

Wir kennen die großen Schlagzeilen zum Firmensterben deutscher Traditionsunternehmen des letzten Jahres. Der Niedergang bei BASF, VW und Thyssenkrupp markierten das Ende einer Ära.

Wirtschaft am Abgrund

Auch vor unserem Wahlkreis machte die desaströse Politik der Ampel und deren Vorgängerregierung nicht Halt. Wir mussten von der Insolvenz der Ziegler Holding in Plößberg, dem größten Sägewerk Europas und einem der größten Arbeitgeber unserer Region, erfahren. Die Erfolgsgeschichte in 3. Generation steht vor dem Abgrund, mehr als 3.000 Arbeitsplätze im Gesamtunternehmen sind gefährdet. Die Gründe für den drohenden Untergang mögen vielfältig und an dieser Stelle nicht bis ins Detail analysierbar sein, jedoch sind sie m. E. die Spitze des Eisbergs eines politisch gewollten Aussterbens des Deutschen Mittelstands.

Islamist in Tirschenreuth

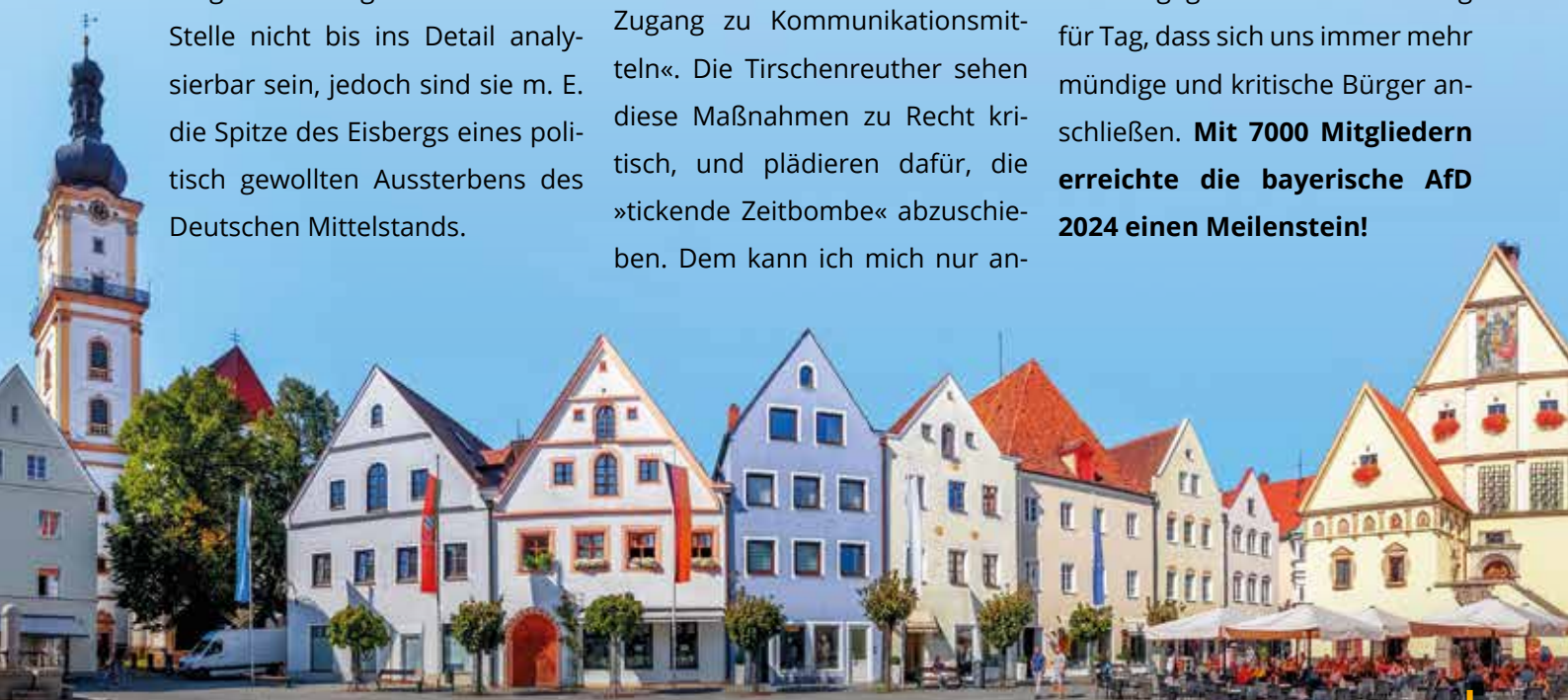
Auch das Thema Islamismus ist längst bei uns angekommen. In Tirschenreuth zeigte sich das Staatsversagen besonders deutlich: Dort versetzte ein verurteilter IS-Anhänger die Bewohner in Angst und Schrecken. Der als »enorm gefährlich« eingestufte und vorbestrafte Syrer, der bereits mehrfach den »Wunsch« äußerte, einen Anschlag auf eine Synagoge zu verüben, wurde 2022 nach einer Haftstrafe wegen Verbindung zum Islamischen Staat in die Oberpfalz überstellt und lebt in einer Gemeinschaftseinrichtung in Tirschenreuth. Was ausschließlich mit Abschiebung zu beantworten sein müsste, wird hier jedoch anders gelöst, nämlich mit einer elektronischen Fußfessel und »eingeschränktem Zugang zu Kommunikationsmitteln«. Die Tirschenreuther sehen diese Maßnahmen zu Recht kritisch, und plädieren dafür, die »tickende Zeitbombe« abzuschließen. Dem kann ich mich nur an-

schließen.

Staatlich finanzierter Protest

Abschieben statt Fußfessel! Das Ansprechen dieser Probleme und unsere Lösungen dafür gefallen nicht jedem: So wurde unser friedlicher AfD-Bürgerdialog der AfD Fraktion im Bundestag, Landesgruppe Bayern, in Weiden von einem medial aufgezogenen »Protest«, unter anderem organisiert von Klimaklebern und der NGO »Das Bayerische Bündnis für Toleranz«, lautstark begleitet. In dieses Bündnis zahlen staatsnahe Institutionen (Kirchen, DGB) nicht nur Mitgliedsbeiträge, die Bayerische Staatsregierung selbst finanziert das Bündnis durch eigene Mitgliedschaft und Förderung aus dem Staatssäckel.

Doch trotz staatlich finanziertem Protest gegen uns sehen wir Tag für Tag, dass sich uns immer mehr mündige und kritische Bürger anschließen. **Mit 7000 Mitgliedern erreichte die bayerische AfD 2024 einen Meilenstein!**



Für Euch in Berlin!

Vor Ort erreicht ihr mich mit Eueren Fragen und politischen Problemen hier:

Di.: 8.00 - 17:00 Uhr

Mi.: 8.00 - 12.00 & 13.00 - 17.00 Uhr

Do.: 10.30 - 20.00 Uhr

Jeden Donnerstag findet ab 18.00 Uhr ein **Bürgerstammtisch** statt

Wahlkreisbüro

Christian-Seltmann-Str. 21

92637 Weiden

Tel. 0961 40 17 56 94



Folgt mir für Neuigkeiten auf meinen Kanälen!

 www.manfred-schiller.de

 manfred.schiller@bundestag.de

 [@manfred.schiller.afd](https://www.facebook.com/manfred.schiller.afd)

 [@manfred.schiller.afd](https://www.instagram.com/manfred.schiller.afd)

 [@manfredafd](https://twitter.com/manfredafd)

 [@manfredschillerafd](https://www.telegram.com/@manfredschillerafd)

 [@manfred.schiller.afd](https://www.tiktok.com/@manfred.schiller.afd)

 [@manfredschillermdb](https://www.youtube.com/@manfredschillermdb)